



DR. INGE GRÄBLE
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMITTEILUNG

Bestehende Haushaltsordnung der Europäischen Union ist reformbedürftig

Für eine Entbürokratisierung der EU-Haushaltsordnung, mehr Transparenz und einen effizienteren Haushaltsvollzug hat sich die zuständige EVP-ED-Berichterstatteerin Inge Gräble in Brüssel ausgesprochen: "Die derzeit gültige Haushaltsordnung mit ihren nachgeordneten Vorschriften hat den Aufwand der Dienststellen mindestens verdoppelt bis verdreifacht, der Personalbedarf hat sich zum Teil sogar verfünffacht. Die grundsätzliche Ausschreibungspflicht für Leistungen hat sich zudem weder als wenig flexibel und effektiv erwiesen. Ihr mangelnder Praxisbezug wirft an vielen Stellen Probleme auf und löst einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand aus".

Infolgedessen sei im Haushaltsvollzug seit 2003 eine beträchtliche Verlangsamung des Mittelabflusses festzustellen. Angesichts der Komplexität der Ausschreibungsbedingungen seien oftmals nur noch bestimmte, von eigenen Rechtsabteilungen unterstützte Organisationen überhaupt noch in der Lage, EU-Mittel zu beantragen. Auch die Aufträge vergebenden EU-Dienststellen seien inzwischen weniger mit dem eigentlichen Inhalt der Maßnahmen beschäftigt als mit der erforderlichen juristischen Absicherung. Die EVP-Haushaltspolitikerin spricht sich darum in ihrem Bericht für eine Reihe von Verbesserungen aus. Diese umfassen im Kern die folgenden Punkte:

- Einführung von Schwellenwerten für die Nachweispflichten
- Volle Finanzierung von Kleinprojekten kurzer Dauer durch die EU
- Kofinanzierung auch über die Personalkosten des Antragstellers
- Spezifizierung und Klarstellung von Gewinnerzielungsverboten
- Überprüfung doppelten Kontrollaufwands bei der Zahlungsanweisung

Die angestrebte Reform der Haushaltsordnung soll nach Ansicht der Heidenheimer Abgeordneten eine Revision zugunsten der Haushaltsbefugten ebenso wie zugunsten der Antragsteller und Zuschussempfänger bewirken. Sie soll ferner für mehr Transparenz, inhaltliche Gestaltungsfreiheit und die Delegierung von Aufgaben an Dritte sorgen. "Unser Ziel ist es, die interinstitutionellen Abläufe zu erleichtern und die Zahlungsanweisung zu erleichtern. Wenn die Beschaffung von Winterreifen für Dienstwagen daran scheitert, dass kein Händler wegen des zu hohen Aufwands bereit ist, die Antragsunterlagen auszufüllen, dann ist dies kein Beitrag zu einer Stärkung der Binnennachfrage", so Inge Gräble abschließend.